

Haushaltsrede der Stadtkämmererin Tanja Schulz zum Haushaltplanentwurf 2026 am 18.12.2025

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich ziehe Ihnen jetzt ganz schnell den Zahn. Solche Zahlen wie Sie gerade für den Jahresabschluss 2022 vorgelegt bekommen haben, von denen können Sie sich langfristig verabschieden. Seit 2024 befinden sich unsere kommunalen Finanzen sprichwörtlich „im freien Fall“ und eine Besserung ist mittelfristig nicht in Sicht. Jetzt tritt ein, was ich und viele meiner Kämmerer-Kollegen ringsum und insbesondere Herr Jäger vom Gemeindetag Baden-Württemberg in der Vergangenheit gebetsmühlenartig der Politik versucht haben nahe zu bringen. Die Lage ist wirklich sehr ernst, denn es ist nicht nur ein Bad Rappenauer Problem – als traditionell eher finanzschwache Kommune. Wir befinden uns leider in sehr guter Gesellschaft und auch wohlhabenden Gemeinden geht nun das Geld aus. 2024 schließen die Kommunalfinanzen mit einem Defizit von rund 24 Mrd. € ab, für 2025 wird das Finanzierungsdefizit auf rund 30 Mrd. € geschätzt, für 2026 beläuft es sich vielleicht auf 35 Mrd. € oder mehr. Die Finanzlage der baden-württembergischen Kommunen ist völlig außer Kontrolle. Wir Kommunen liegen gerade im Schockraum und zig Ärzte versuchen uns gerade wieder etwas Leben einzuhauchen. Aber wenn sie mal auf der Pritsche liegen braucht es sehr viel medizinische Versorgung und anschließend eine Reha um wieder gesund zu werden. Uns hier in Bad Rappenau geht es da nicht anders, wenn man auf die Zahlen schaut. 2020 bis 2023 konnten wir im Ergebnishaushalt jeweils einen Überschuss erwirtschaften. Das vorläufige Rechnungsergebnis 2024 weiß schon einen Fehlbetrag von ca. 1,2 Mio. € aus. 2025 wird der Fehlbetrag ähnlich hoch ausfallen. Für 2026 haben wir einen Fehlbetrag von knapp 4,3 Mio. €, 2027 fast 6,0 Mio. €, 2028 4,4 Mio. € und 2029 3,2 Mio. €. Sie werden fragen: „Wie konnte es soweit kommen?“. Ich sage es Ihnen:

Erstens, sehen wir uns mit enormen Kostensteigerungen in nahezu allen Tätigkeitsfeldern konfrontiert. Im laufenden Betrieb machen sich diese insbesondere in den Bereichen Bildung und Betreuung bemerkbar. Zugleich weisen unsere Gebäude und Straßen teils erhebliche Sanierungsrückstände auf. Da reicht es nicht mehr aus ein bisschen Farbe oder Asphalt hinzuschmieren, da braucht es meist eine Generalsanierung oder eine grundhafte Erneuerung, weil man selbst während finanziell besseren Vorjahren nicht hinreichend dem Sanierungsstau entgegenwirken konnte.

Zweitens, befindet sich die deutsche Wirtschaft weiterhin in der Stagnation und die Prognosen für die kommenden Jahre deuten auf ein bestenfalls bescheidenes Wirtschaftswachstum hin. Die zwar noch leicht steigenden Steuereinnahmen können aber mit den exponentiell steigenden Ausgaben definitiv nicht Schritt halten.

Drittens, werden immer mehr Aufgaben von Bund und Land auf uns Kommunen ohne auskömmliche Gegenfinanzierung übertragen und das führt im Ergebnishaushalt dauerhaft dazu, dass wir diesen nicht mehr wie gesetzlich vorgeschrieben ausgleichen können, ja es geht sogar soweit, dass der Ergebnishaushalt auch keine Eigenmittel mehr für unsere Investitionen erwirtschaftet kann und das treibt die Verschuldung der Kommunalhaushalte nach oben.

Viertens, haben sich die Finanzbedarfe der Kreise in den letzten Jahren erheblich erhöht. Dies etwas in den Bereichen Bundesteilhabegesetz/Eingliederungshilfe, der Krankenhausfinanzierung oder dem ÖPNV. Und wie macht sich das bei uns bemerkbar? In Form von einer deutlich gestiegenen Kreisumlage. Und das alles bloß, weil sich der Bund unter anderem um längst fällig gewordene Reformen unseres Sozialstaates drückt.

Sie merken meine Stimmung ist etwas aufgeheizt und ich könnte mich gerade so richtig in Rasche reden, aber das sind die Fakten. Den letzten – und das sind wir Kommunen – den beißen immer die Hunde.

Damit ich wieder runterkomme, lese ich Ihnen jetzt eine kleine Geschichte vor, die am 04.12.2025 in der WirtschaftsWoche veröffentlicht wurde und die das ganze Dilemma so treffend beschreibt:

Bund, Länder und Kommunen sitzen in einer Kneipe. An einem Ende des Stammtischs gilt folgendes Grundgesetz: Der Bund darf den Ländern ein Bier bestellen. Die Länder können ablehnen oder annehmen. Ob der Bund es bezahlt, ist Verhandlungssache. Am anderen Ende des Tisches wiederum dürfen die Länder den Kommunen ein Bier bestellen. Sie müssen es allerdings auch bezahlen, weshalb sie selten einen ausgeben. Der Bund darf den Kommunen direkt eigentlich kein Bier bestellen. Und er darf Ihnen auch kein Bier bezahlen. Der Bund bestellt trotzdem häufiger mal eine Runde, die er bei den Kommunen am besten aufgehoben sieht. Er reicht das Bier einfach über die Länder weiter. Die machen das gern, schließlich hat der Bund bestellt. Sie sind fein raus. Der Bund könnte zwar zu den Ländern sagen: „Zahlt mal für die Kommunen, ich überweise euch das dann“. Macht er aber meist nur für einen Teil der Runde. Am Ende des Abends ist der Deckel der Kommunen voll. Bier bestellen ist in diesem Gleichnis: ein neues Gesetz, eine neue Aufgabe. Ganztagesbetreuung in Grundschulen einführen zum Beispiel. Bier trinken steht für: Vollzug. Die Verantwortung, den Ganztag anbieten zu müssen. Und was ist „die Mähr aus der Geschichte“: Die Kommunen müssen trinken, was man ihnen vorsetzt. Und Bezahlung. Storno ausgeschlossen. Aber Konnexität, meine Damen und Herren, ist kein „nice-to-have“, sondern eine zwingende Notwendigkeit für einen funktionierenden Staat.

Bevor ich nun auf das Zahlenwerk eingehe noch ein letztes. So langsam geht dem Bund und dem Land ja ein Licht auf und sie spielen ein bisschen Krankenschwester und streicheln uns sanft das Händchen. Das Land Baden-Württemberg hat ein **550 Mio. € schweres Stabilisierungspaket** auf den Weg gebracht, das über den Finanzausgleich am 10. Januar 2026 ausbezahlt wird. Ein Nasenwasser ist das, liebes Gremium. Bei uns sind das gerade mal rund 1,0 Mio. €, die wir postwendend an den Landkreis in Form einer gestiegenen Kreisumlage weiterüberweisen und zwei Jahre später zahlen wir über den Finanzausgleich nochmal oben drauf. Da sage ich doch bloß: „Dankeschön.“ Und der Bund hat für die nächsten zwölf Jahre ein **Sondervermögen von 100 Mrd. €** für die Länder und Kommunen eingerichtet. Runtergebrochen auf Bad Rappenau sind das rund 13,2 Mio. €, die uns bei der Finanzierung unserer Investitionen helfen. Ich will nicht undankbar sein, das ist sehr viel Geld, aber bezogen auf eine Flächengemeinde wie Bad Rappenau mit ihrer vielfältigen Infrastruktur sind die 13,2 Mio. € schnell ausgegeben. Diese beiden Finanzpakete sind leider nicht ausreichend, um den dramatischen Sinkflug der Kommunalfinanzen aufzuhalten, er wird dadurch lediglich etwas gebremst.

So, jetzt aber wirklich zu unseren Zahlen:

Um Ihnen verständlich zu machen, wie schwer die Rahmenbedingungen bei der Haushaltspłanaufstellung waren hier die Zahlen unseres ersten Arbeitsentwurfs zum Haushalt 2026 Ende September mit Fehlbeträgen in Summe von fast 31,0 Mio. €:

| | Plan 2026 | MIP 2027 | MIP 2028 | MIP 2029 |
|-----------------------|--------------|-------------|-------------|-----------|
| Ordentliches Ergebnis | -10,9 Mio. € | -7,7 Mio. € | -5,6 Mio. € | -6,5 Mio. |

In sehr vielen – zum Teil sehr hitzigen – Runden mit Herrn Oberbürgermeister Frei und meinen Amtsleiterkollegen konnten wir den Haushalt etwas konsolidieren und legen Ihnen heute einen Haushaltsentwurf vor, der aus unserer Sicht noch genehmigungsfähig ist. Bitte sehen Sie es mir deshalb nach, dass Ihnen dieses Jahr kein Vorbericht und kein Haushaltsplanentwurf wie Sie es sonst gewohnt sind vorliegt. Eigentlich hätten wir die Einbringung verschieben müssen, wie das gerade so viele machen.

Der Ihnen heute vorliegende Entwurf weißt seit Dienstag letzter Woche folgende Zahlen auf:

| | Plan 2026 | MIP 2027 | MIP 2028 | MIP 2029 |
|-----------------------|-------------|-------------|-------------|-----------|
| Ordentliches Ergebnis | -4,3 Mio. € | -6,0 Mio. € | -4,4 Mio. € | -3,2 Mio. |

Der **Ergebnishaushalt** schließt mit ordentlichen Erträgen von 76.916.000 € und ordentlichen Aufwendungen von 81.196.500 € mit einem **Fehlbetrag** von 4.280.500 € ab. In den nächsten drei Jahren verschlechtern sich die Ergebnishaushalte gemäß der Mittelfristigen Finanzplanung noch mehr. Insgesamt belaufen sich die Fehlbeträge in den Jahren 2026 bis 2029 auf knapp über 17,8 Mio. €.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass wir kein Einnahmeproblem haben, sondern ein Ausgabeproblem. Die Erträge steigen zwar nach wie vor, aber unsere Aufwendungen haben wir nicht mehr im Griff. Diese steigen kontinuierlich Jahr für Jahr und die Schere zwischen Einnahmen auf der einen und den ständig und ungebremst steigenden Ausgaben auf der anderen Seite geht immer weiter auseinander. Als Antwort darauf können wir Erträge steigern, indem wir Gebühren und Steuern anheben. Oder, und das erscheint mir viel wichtiger, wir hinterfragen unseren Aufgabenkatalog kritisch und lassen vielleicht das ein oder andere künftig sein oder senken unsere Standards. Wir, also der Gemeinderat, Oberbürgermeister und Verwaltung, sind faktisch gezwungen, uns auf die übertragenen Pflichtaufgaben zu fokussieren. Es stellt sich die Frage, wann kann ich eine Straße sanieren, wann kann ich eine Halle sanieren? Wann komme ich dazu, mein Feuerwehrgebäude neu zu bauen? Dann leiden auch sehr schnell freiwillige Leistungen – hier reden wir über unser Kultur- und Veranstaltungsprogramm, über Vereinsförderung, über unser Fotovoltaik-Förderprogramm oder die Reduzierung von Öffnungszeiten von Ortsteil-Bürgerbüros, in Kitas oder der Bücherei und über vieles mehr. Als Kommunalpolitiker will man solche Maßnahmen nicht beschließen, doch sie werden künftig unvermeidlich sein.

Ich möchte kurz auf die Erträge des Ergebnishaushalts eingehen:

Bei den **Steuern und ähnlichen Abgaben** sind 36,5 Mio. € eingeplant. Die Grundsteuer ist eine der verlässlichsten Einnahmequellen der Kommunen und stellt für die Städte eine Art Sockelfinanzierung dar. Im Zuge der Grundsteuerreform wurden die Hebesätze für die Grundsteuer A und B 2024 aufkommensneutral festgesetzt, d.h. die Stadt Bad Rappenau nimmt durch die Grundsteuerreform nicht mehr und nicht weniger ein als vorher. Die Ansätze der Gewerbesteuer sind insgesamt sehr optimistisch veranschlagt. Nach dem Gewerbesteuereinbruch im ersten Halbjahr 2025 hat sich diese im 2. Halbjahr 2025 Gott sei Dank wieder stabilisiert und die 11 steht wieder vor dem Komma, sodass

wir wieder mit 12,0 Mio. € für 2026 planen können. Für die Folgejahre mussten wir sogar mit 13,0 Mio. € planen. Diese werden jedoch nur über eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes erreicht werden können. Hierüber müssen wir uns 2026 im Gemeinderat ernsthaft beraten müssen. Damit sehen Sie, mit welch heißer Nadel dieser Haushalt gestrickt ist. Die Rechnung geht aber nur auf, wenn auch die deutsche Wirtschaft und Konjunktur einen Ausweg aus der seit mehr als drei Jahren andauernden Stagnation findet. Dies gilt vor allem für die Automobilbranche in unserer Region und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bleibt 2026, wie auch in der gesamten Finanzplanung, die ertragsstärkste Einnahmequelle. Deshalb brauchen wir unbedingt eine starke Wirtschaft. Jeder Arbeitsplatz der verloren geht, bedeutet weniger Einkommenssteuer. Von jedem Euro Einkommenssteuer, die unsere Einwohner bezahlen, fließen 15 Cent in unsere Gemeindekasse und das fällt dann weg.

An **Zuweisungen und Zuwendungen** werden 28,1 Mio. € erwartet. Die Schlüsselzuweisungen steigen dabei nur um 333 T€ im Vergleich zum Vorjahr. Ohne das Stabilisierungspaket des Landes hätten wir rund 1,0 Mio. € weniger an Schlüsselzuweisungen.

Bei den **Entgelten für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen** und den **Sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten** planen wir mit fast 1,3 Mio. € weniger. Dies ist im Wesentlichen 1 zu 1 auf den Baustellenbetrieb der RappSoDie zurückzuführen.

Um den Ergebnishaushalt auf der Ertragsseite zu stärken planen wir erstmals eine **Gewinnentnahme aus unserer Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH** in Höhe von 200 T€. Wer hätte das vor 20 Jahren gedacht? Aber unser Klinikkonzern ist Dank Herrn Werner seit Jahren auf Erfolgskurs und kann uns in dieser finanziell schwierigen Zeit etwas unterstützen.

Insgesamt steigern sich die Erträge um 1,4 Mio. € im Vergleich zu 2025. Die Ausgabenseite steigt aber um 3,6 Mio. €!

Die **Personalaufwendungen** liegen in 2026 bei 22,8 Mio. €. Das sind nochmal fast 1,3 Mio. € mehr als 2025. Treiber dieser Entwicklung sind in besonderem Maße die Tarifabschlüsse und die dadurch entstehenden Mehrkosten. Nennenswert mehr Personal wird nämlich nicht beschäftigt. Gerade mal 4,3 Stellen enthält der Stellenplan mehr. Davon entfallen 0,8 Stellen auf die Verwaltung und 3,5 Stellen auf den Bereich der Kinderbetreuung.

Für die **Unterhaltung unserer Infrastruktur** stehen nur noch rund 12,6 Mio. € zur Verfügung. Das sind fast 1,5 Mio. weniger als 2025. Die Inflation der letzten Jahre sorgt dafür, dass mit dem bereitgestellten Geld immer weniger instandgesetzt kann. Nochmals deutlich verschärft wird dies aber durch den Spardruck in der Verwaltung, um einen genehmigungsfähigen Haushalt darstellen zu können. Die Bad Rappenauer werden es also spürbar merken, dass weniger für die Unterhaltung städtischer Gebäude und Straßen zur Verfügung steht.

Die **Transferaufwendungen** stellen in diesem Jahr die kritischste und herausforderndste Größe dar. Sie sind der größte Kostenblock im Ergebnishaushalt mit fast 32,3 Mio. €, das sind fast 3,6 Mio. € mehr als in 2025. Der größte Anteil davon entfällt auf die Kreisumlage, die im Haushalt 2026 gegenüber 2025 um sage und schreibe über 2,1 Mio. € ansteigt. Ja, sie haben richtig gehört, 2,1 Mio. € allein in 2026. Der Landkreis hat eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes für das Jahr 2026 von 3 Prozentpunkten auf 31 v.H. und ab 2027 um einen weiteren Prozentpunkt auf 32 v.H. angedacht. Diese Erhöhung bedeutet für die Stadt Bad Rappenau eine Mehrbelastung, die mit einem Federstrich sämtliche

Konsolidierungsbemühungen zunichtemacht. Aber ich befürchte, das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Hier ein Schaubild zur Gewerbesteuerentwicklung der sonst steuerstarken Stadt Neckarsulm. Diese Gewerbesteuereinbrüche werden alle Landkreiskommunen belasten, denn sie werden zwangsläufig ab 2028 zu noch höheren Kreisumlagesätzen führen. Die 30,0 Mio. € Mindererträge in 2026 bedeuten ca. 7,0 Mio. € Kreisumlage, die auf alle kreisangehörigen Gemeinden verteilt werden müsste. Ab 2027 kommen bei weiteren 17,0 Mio. € Mindererträgen nochmal fast 4,0 Mio. € dazu, die wiederum alle Kommunen im Landkreis tragen müssten. Genau wie Bad Rappenau kämpft der Landkreis um einen ausgeglichenen Haushalt. Aber auch er wird vom Finanzpaket, das mit dem Land geschnürt wurde, profitieren. Dieser Umstand hat der Landkreis allerdings in seinem am 08.12.2025 im Bad Rappenauer Kurhaus eingebrachten Haushalt meiner Kenntnis nach noch nicht eingearbeitet. Es bleibt abzuwarten, inwiefern diese Maßnahmen dazu beitragen, die Kreisumlagehöhe bis zum Beschluss des Landkreishaushalts im Mai 2026 zu dämpfen. Für Bad Rappenau wäre das von großer Bedeutung. Aber nicht nur die Kreisumlage steigt, auch die FAG-Umlage. Aufgrund der gestiegenen Steuerkraft steigt diese um 678 T€ im Vergleich zum Vorjahr. Hinzu kommt der Abmangel an die kirchlichen und freien Kindertageträger, der um 600 T€ ansteigt.

Apropos Kinder, wir Kommunen investieren in einem Maße in die nachwachsende Generation, wie in keine andere Bevölkerungsgruppe. Die Finanzierungsanteile für Bildung und Betreuung steigen seit Jahren kontinuierlich an. Zwischenzeitlich fließt jeder fünfte gemeindliche Euro in Baden-Württemberg in Bildung und Betreuung. Bad Rappenau plant 2026 für die Finanzierung der Schulträgerschaft insgesamt mit fast 3,3 Mio. € (3.293.700 €), das sind bei 1.803 Schülern zu Schuljahresbeginn, jährlich 1.827 € pro Kind. Für die Kinderbetreuung, also Schulsozialarbeit, Kindergärten, Hort, Tagespflege, usw. planen wir 2026 mit einem Finanzierungssaldo von über 9,4 Mio. € (9.437.800 €), davon entfallen für den Betrieb der Kitas über 8,4 Mio. € (8.439.000 €) an. Bei 1.107 vorgehaltenen Kindergartenplätzen zu Beginn des Kindergartenjahres, kostet uns also ein Kita-Platz jährlich 7.623 €. Dies entkräftet den immer wieder aufkommenden Anwurf: die Kommunen müssen endlich in die Kinder und Jugendlichen investieren.

Die Stadt Bad Rappenau weist wieder ein positives **Sonderergebnis** in Höhe von 1,5 Mio. € aus. Es handelt sich hier um außerordentliche Erträge aus Ein- und Mehrfamilienbauplatzverkäufen im Stadtgebiet. Die Nachfrage nach Bauplätzen erholt sich nur langsam. Doch Bad Rappenau ist als Wohnort äußerst attraktiv und so hoffen wir, dass wir die geplanten Grundstücksveräußerungserlöse auch erzielen. Wenn nicht, haben wir ein Finanzierungsproblem, schließlich haben wir die Erschließung der Bauplätze vorfinanziert.

Das **Gesamtergebnis** beläuft sich somit auf insgesamt -2.780.500 €.

Die Stadt Bad Rappenau weist 2026 ein **Zahlungsmittelüberschuss** von 625.100 € aus. Damit können wir unserer gesetzlichen Verpflichtung gerade so nachkommen und unsere ordentlichen Tilgungen in Höhe von 624.000 € finanzieren. Damit steht praktisch nichts für die Finanzierung unserer Investitionen zur Verfügung. 2027 erwirtschaften wir überhaupt keinen Zahlungsmittelüberschuss und brauchen Ersatzdeckungsmittel von 1,8 Mio. €. Ab 2028 erwirtschaften wir zwar wieder unsere ordentlichen Tilgungen, aber für die Finanzierung unserer Investitionen bleibt nicht viel übrig. Das sind keine guten Vorzeichen. Die Leistungskraft des Ergebnishaushalts muss in den nächsten Jahren

deutlich gestärkt werden. Ansonsten müssen wir unser Investitionsprogramm in Zukunft deutlich begrenzen, da auch Kreditaufnahmen an die Grenzen ihrer Genehmigungsfähigkeit stoßen.

Aufgrund unseres Megaprojekts Neubau RappSoDie bewegt sich das Investitionsprogramm im Vergleich zu 2025 auf ähnlichem Niveau. Insgesamt sind fast 30,3 Mio. € für **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** eingeplant.

Die **Investitionsschwerpunkte**, die wir uns in 2026 gesetzt haben sind trotz der RappSoDie vielfältig und zeigen das ganze Aufgabenspektrum einer Kommune. Auf einzelne Investitionen möchte ich nicht eingehen. Herr Oberbürgermeister Frei hat Sie uns in seiner Haushaltsrede umfassend dargestellt.

Investitionsschwerpunkte 2026 zur Information:

| | |
|---|------------------|
| RappSoDie: | 11.420 T€ |
| ➤ Abriss und Neubau Solebad RappSoDie | 11.400 T€ |
| Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: | 4.296 T€ |
| ➤ LED-Umrüstung/Austausch Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet | 930 T€ |
| ➤ Erneuerung Personenaufzüge am Bahnhof Bad Rappenau | 529 T€ |
| ➤ Reaktivierung Krebsbachtalbahn | 500 T€ |
| ➤ BÜ „Hinter dem Schloss“, Bad Rappenau | 500 T€ |
| ➤ Gehwegerneuerung Dorfstr., Treschklingen | 460 T€ |
| ➤ Erschließung Baugebiet Halmesäcker, Fürfeld | 250 T€ |
| ➤ Kleinere investive Maßnahmen im Straßen- und Wegebau | 238 T€ |
| ➤ Erschließung Baugebiet Neckarblick Heinsheim | 195 T€ |
| ➤ Erschließung Gewerbegebiet Buchäcker, 1. Erweiterung, Bonfeld | 170 T€ |
| ➤ Straßensanierung Heinsheimer-/Kirchenstraße, Bad Rappenau | 120 T€ |
| ➤ Barrierefreier Umbau von best. Bushaltestellen alle Ortsteile | 112 T€ |
| ➤ Radweg Zimmerhof | 100 T€ |
| Förderung des Sports/Sportstätten: | 3.610 T€ |
| ➤ Generalsanierung Krebsbachhalle Obergimpern | 3.080 T€ |
| ➤ Investitionszuschüsse an Sportvereine | 230 T€ |
| ➤ Brandschutzmaßnahmen Mühlthalhalle | 150 T€ |
| Schulen: | 3.123 T€ |
| ➤ Generalsanierung Grundschule Heinsheim | 1.565 T€ |
| ➤ Neubau Kernzeit Babstadt | 1.365 T€ |
| ➤ Fassadensanierung F-Bau Verbundschule Bad Rappenau | 100 T€ |
| Kindertageseinrichtungen: | 2.409 T€ |
| ➤ Investitionszuschuss Erweiterung Kita St. Raphael, Bad Rappenau | 1.650 T€ |
| ➤ Anbau Kindergarten Biberacher Str., Bonfeld | 200 T€ |
| ➤ Investitionszuschuss Kindergarten Grombach | 151 T€ |
| ➤ Anbau Sozialraum KiTa Babstadt | 145 T€ |
| Auszahlungen für allg. Grunderwerb: | 2.350 € |
| Sonstiges: | 980 T€ |
| ➤ Sanierung Salinencafé | 580 T€ |
| ➤ Geräte und Fahrzeuge Bauhof | 145 T€ |

| | |
|--|---------------|
| ➤ <i>Investitionszuschuss Fanfarenheim Bad Rappenau</i> | 105 T€ |
| Brand-/ Katastrophenschutz: | 949 T€ |
| ➤ <i>Geräte und Fahrzeuge Feuerwehr</i> | 252 T€ |
| ➤ <i>Ausbau Sirenenwarnanlagen alle Ortsteile</i> | 415 T€ |
| ➤ <i>Einführung Digitalfunk</i> | 192 T€ |
| Natur- und Landschaftspflege: | 778 T€ |
| ➤ <i>Ausgleichsmaßnahme Renaturierung Treschklinger Bach</i> | 221 T€ |
| ➤ <i>Ausgleichsmaßnahme Renaturierung Seelesbach</i> | 200 T€ |
| ➤ <i>Ausbau von Kinderspielplätzen im Stadtgebiet</i> | 135 T€ |
| Kureinrichtungen/Tourismus: | 350 T€ |
| ➤ <i>Erneuerung Personenaufzug am Salinensteg Bad Rappenau</i> | 270 T€ |

Unser Investitionshaushalt ist neben unserem defizitären Ergebnishaushalt die zweite Herausforderung. Da keine nennenswerten liquide Eigenmittel mehr vorhanden sind, stehen zur Finanzierung unserer investiven Auszahlungen in Höhe von 30,3 Mio. € nur knapp 18,0 Mio. € an investiven Einnahmen gegenüber, und weil der Ergebnishaushalt praktisch nichts zur Finanzierung unserer Investitionen beisteuert, müssen wir eine **Kreditaufnahme** in Höhe von 12,3 Mio. € einplanen. Nach der **ordentlichen Tilgung der Kredite** in Höhe von 624 T€ beläuft sich der voraussichtliche Schuldenstand zum Jahresende 2026 auf über 18,8 Mio. €, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 832 € entspricht.

Im gesamten Planwerk (2026 bis 2029, **Mittelfristige Finanzplanung**) sind Investitionen von fast 73,9 Mio. € enthalten. Die Hauptlast liegt dabei in den nächsten beiden Jahren mit 62,2 Mio. €. Neben unserem größten „Invest“, dem Neubau der RappSoDie, sind fast alle veranschlagten Investitionen Pflichtaufgaben. Demgegenüber stehen aber nur rund 40,1 Mio. € an investiven Einnahmen. Infolgedessen und wegen des geringen Überschusses aus der laufenden Verwaltungstätigkeit müssen wir zur Finanzierung dieser Investitionen Kredite in Höhe von 39,6 Mio. € aufnehmen. Unser Schuldenstand Ende 2029 würde sich somit nach Abzug aller Tilgungsleistungen auf 42,1 Mio. € erhöhen. Ein Großteil der Kreditaufnahmen können jedoch bei einer kompletten Fremdfinanzierung dem Neubau der RappSoDie zugeschrieben werden, die nach einer Wirtschaftlichkeitsanalyse auch für Bad Rappenau im Ergebnishaushalt leistbar sind, da durch den Neubau das Betriebsdefizit des Bäderbetriebs deutlich – über 75 % – sinken wird. Jedoch führt jede weitere Investitionsmaßnahme zwangsläufig zu weiteren Kreditaufnahmen und Mittelbindungen durch Zins- und Tilgungsleistungen.

Wir sollten daher die Mittel aus dem **Bundessondervermögen** (LuKIFG) nutzen, um unsere aktuellen und nicht neue Investitionen zu finanzieren und die Kreditbelastung im laufenden Haushalt reduzieren. Aktuell sind im Haushalt nur 4,4 Mio. € LuKIFG-Mittel eingeplant. Das vorläufige Förderbudget für Bad Rappenau beläuft sich auf 13,2 Mio. €, die nicht in 12-Jahres-Tranchen, sondern gleich abgerufen werden können. Wenn wir die restlichen 8,8 Mio. € über die Änderungsliste bis zur endgültigen Verabschiedung des Haushalts am 26.02.2026 unseren aktuell eingeplanten Investitionen zuordnen, dann ließen sich die Kreditaufnahmen von 39,6 Mio. € auf 30,8 Mio. € reduzieren.

Aber wir bringen heute nicht nur den städtischen Haushalt ein. Auch der **Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Bad Rappenau** liegt Ihnen vor. Mein herzlicher Dank geht an dieser Stelle an Herrn Behringer, der sich für die Zahlen verantwortlich zeichnet. Mit seiner Routine und Fachexpertise stärkt er mir den Rücken und ich konnte mich voll und ganz auf den städtischen Haushalt konzentrieren.

Die Erträge des Erfolgsplans werden mit rund 7,6 Mio. € veranschlagt. Für den Kalkulationszeitraum 2026-2027 wurden die Gebühren neu kalkuliert. Insgesamt ergab die Kalkulation eine Steigerung der Gebühren um 80 Cent im Vergleich zu bisher. Aufgrund dieser Steigerung haben sich die Erträge des Erfolgsplans im Vergleich zum Vorjahr um rund 900 T€ erhöht.

Das Preisniveau verbleibt nach wie vor auf hohem Niveau. Einzig im Bereich des Stromaufwandes konnte der Ansatz um 38 T€, aufgrund von niedrigeren Bezugspreisen, reduziert werden. Bei allen anderen Positionen wurden die Ansätze im Vergleich zum Vorjahr teilweise deutlich erhöht. Beispielsweise können die Personalaufwendungen, die Unterhaltungsaufwendungen und die Aufwendungen für die Klärschlammensorgung genannt werden. Nicht ohne Grund mussten die Gebühren wie gerade erwähnt, sehr deutlich um 80 Cent auf insgesamt 4,60 € für Schmutz- und Niederschlagswasser erhöht werden. Leider ist auch in der Zukunft von deutlichen Kostensteigerungen auszugehen, da z.B. die gesetzliche vorgeschriebene Rückgewinnung von Phosphor aus dem Klärschlamm zu deutlich mehr Kosten führen wird. Insgesamt liegen die Aufwendungen des Erfolgsplans mit rund 7,6 Mio. € ungefähr 900 T€ über denen des Vorjahrs.

2026 sollen gebührenrechtliche Rückstellungen im Niederschlagswasserbereich in Höhe von 191 T€ aufgelöst werden. Damit sind alle Überdeckungen aus Vorjahren bis einschließlich 2023 aufgebraucht.

Es ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von knapp 37 T€. Im Wirtschaftsplan 2025 wurde noch ein geringer Fehlbetrag in Höhe von rund 23 T€ eingeplant. Das Ergebnis hat sich somit um 60 T€ verbessert.

Kommen wir zu den Investitionen des Eigenbetriebs:

Insgesamt wurden Auszahlungen für investive Maßnahmen 2026 in Höhe von 6,4 Mio. € eingeplant. Dies sind 300 T€ weniger als im Vorjahr.

Davon entfallen 3,4 Mio. € auf die Sanierung und Aufdimensionierung von Kanälen und die Erschließungen von Bau- und Gewerbegebieten, 1,3 Mio. € auf Erweiterungen im Bereich der Regenüberlaufbecken, 1,05 Mio. € auf den Bereich Kläranlagen hier insbesondere für die Erneuerung der Trafostation und der Schlammwäscher, 300 T€ auf die Ertüchtigung des Pumpwerk Heinsheim und 220 T€ für den Bereich Betriebsvorrichtungen und Technik. Für den Erwerb von Grundstücken und beweglichem Vermögen werden 30 T€ benötigt. An die Zweckverbände ist eine Investitionskostenumlage in Höhe von 62 T€ zu zahlen.

Die Investitionen sollen wie folgt finanziert werden:

An Kanal- und Klärbeiträgen werden 242 T€ erwartet. Zuweisungen der Gemeinde Siegelsbach wurden in Höhe von 239 T€, Zuweisungen vom Land in Höhe von 372 T€ eingeplant.

Um die veranschlagten Investitionskosten zu decken, ist damit noch eine Kreditaufnahme in Höhe von fast 5,5 Mio. € erforderlich. Zum Vergleich: Im Wirtschaftsplan 2025 war eine Kreditaufnahme in Höhe von 5,8 Mio. € ausgewiesen.

Zum Abschluss möchte ich ein herzliches Dankeschön an mein Team im Rechnungsamt aussprechen. Noch nie war der Haushalt so mit heißer Nadel gestrickt und so knapp vor der Einbringung fertig. Deshalb möchte ich einen bei meinem Dank besonders hervorheben, Herrn Ihrig. Er hat mit mir das Zahlenwerk in einer Engelsgeduld mehrmals durchgerechnet. Aufgrund der aktuellen Finanzsituation mussten wir mehrmals Änderungen vornehmen bis dann letzten Dienstagnachmittag das Zahlenwerk final feststand. Ohne ihn an meiner Seite hätte ich das nicht geschafft und wir hätten die Einbringung verschieben müssen.

Danke auch an Sie, Herr Oberbürgermeister Frei und an meine Amtsleiterkollegen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Haushaltsplanung beteiligt waren. Danke an Sie, liebes Gremium für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Zukunft gelingt dann, wenn alle bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. In diesem Sinne wünsche ich uns eine gute und konstruktive Haushaltsberatung.